

IA6NEU Frontex an die kurze Leine nehmen: Für die Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle gegenüber Frontex.

Gremium: Bundesausschuss
Beschlussdatum: 02.12.2022

Antragstext

1 Oftmals mittellose Menschen, insbesondere Geflüchtete, sind an Europas
2 Außengrenzen auf sich selbst gestellt, wenn sie ungerechtfertigte Polizeigewalt,
3 illegale Push-Backs oder Schlimmeres wie vorsätzlich herbeigeführte Seenot
4 erfahren. Durch Menschenrechtsorganisationen ist nachgewiesen, dass es die EU-
5 Grenzschutz-Agentur Frontex selbst ist, die an illegalen Push-Backs beteiligt
6 ist bzw. davon Kenntnis hat, ohne rettend einzugreifen.

7 Dem steht das schnelle Wachstum und die stetige Ausweitung der Kompetenzen von
8 Frontex gegenüber^[1]. Die Agentur wird mit Waffen, eigenen Schiffen,
9 Helikoptern, Drohnen und bis 2027 mit mehr als 10.000 Grenzschützer:innen
10 ausgestattet, während damit kaum ernstzunehmende Ermittlungs- und
11 Kontrollmechanismen einhergehen. **Darin liegt ein Konstruktionsfehler, ein**
12 **Ungleichgewicht von Grenzschutz und Rechtsschutz.**

13 Menschen an Europas Außengrenzen haben keine Möglichkeiten, Rechtsschutz zu
14 erhalten, da sie im Falle von Push-Backs sich nicht (mehr) auf europäischem
15 Boden befinden und so keinen Zugang zu unserem Rechtssystem haben.

16 Die einzigen bestehenden Rechtsschutzmöglichkeiten, ein Anrufen des Frontex-
17 Verwaltungsrat oder der Frontex-Menschenrechtsbeauftragten, sind unzureichend
18 und schaffen keine unabhängige Kontrolle. Beide sind agenturinterne Gremien ohne
19 demokratische Legitimation, die keine Entscheidungsgewalt haben und innerhalb
20 derer es nachweislich zu Verschleppungen und Vertuschungen von Ermittlungen
21 kommt. Frontex und die beteiligten Mitgliedstaaten (Entsendestaaten und
22 Gastgeberstaaten) decken sich bei unangenehmen Ermittlungen gegenseitig, indem -
23 teils systematisch - Informationen zurückgehalten werden. Zwar gibt es
24 zahlreiche an die Agentur selbst gerichtete Berichte über
25 Menschenrechtsverletzungen und zweifelhafte Methoden in ihren Tätigkeiten durch
26 Journalist:innen, NGOs oder sogar die Vereinten Nationen und den Europarat.
27 Jedoch wurden sie durch den Exekutivdirektor und damit den Chef des
28 Verwaltungsrates allesamt ignoriert und geleugnet^[5].

29 Diese aktuelle Lage widerspricht der Vorstellung der JEF von einem Europa der
30 Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, wie in 3.3. unseres politischen
31 Programms von 2021 formuliert.

32 **Wir fordern daher die Einrichtung eines unabhängigen Kontroll- und**
33 **Ermittlungsgremiums (Ombudsstelle).** Dieses soll von der EU angemessen finanziert
34 sein, institutionell, hierarchisch und praktisch unabhängig sein von den
35 Beschuldigten, also Frontex selbst, ihren Beamt:innen sowie den Mitgliedstaaten
36 und deren entsandten Beamt:innen.

- 37 • Die Ombudsstelle soll parlamentarisch legitimiert sein und möglichst alle
38 Mitgliedstaaten abbilden. Zu den Vertreter:innen sollen zählen: NGO-
39 Vertreter:innen, Jurist:innen, Sozialarbeiter:innen und weitere
40 Expert:innen.
- 41 • Ihre Arbeit in Form von Überwachungen und Dokumentationen soll eine
42 verbindliche Grundlage dafür sein, um Menschenrechtsverletzungen zu
43 sanktionieren und die Straflosigkeit von Beamten zu verhindern. Konkret
44 sollen auf der einen Seite straf- und disziplinarrechtliche Verfahren in
45 den Mitgliedstaaten ermöglicht werden. Auf der anderen Seite soll das
46 Gremium helfen, beteiligte Mitgliedstaaten und die Agentur selbst
47 menschenrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, sei es vor dem EuGH oder
48 idealerweise vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
49 (EGMR) [\[2\]](#).
- 50 • Dem Gremium soll ein verbindlicher Anspruch auf Information gegenüber
51 Frontex eingeräumt werden, der notfalls gerichtlich eingeklagt werden
52 kann.
- 53 • Auch muss die Einrichtung einer Anlaufstelle sichergestellt werden, die
54 bei Rechtsverletzungen an der Grenze auch von Nicht-Eu-Bürgern direkt
55 angerufen werden kann.
- 56 • Gleichzeitig soll die Arbeit des Gremiums dazu dienen, in der Gesellschaft
57 politische Verantwortung konkret zu benennen und Transparenz zu schaffen.
58 Frontex muss verpflichtet werden können, Dokumente von öffentlicher
59 Relevanz der Allgemeinheit zugänglich zu machen.
- 60 • Das Gremium soll unabhängig finanziert werden. Der Umfang der Finanzierung
61 muss angepasst werden an das Wachstum und die Aktivitäten von Frontex,
62 ohne aber institutionell von Frontex abhängig zu sein.

63 Ist das Gremium gegründet und hat es seine Arbeit aufgenommen, soll seine
64 Tätigkeit durch die Kommission und das Parlament evaluiert werden.

65 Der zukünftige Arbeitsauftrag für Frontex muss klar definiert sein: Es muss um
66 den Schutz von Menschen gehen, nicht um den Schutz von Grenzen.

67 [\[1\]](#) 2005 betrug der Etat 6 Mio. EUR. 2020 waren es 460 Mio. EUR.

68 [\[2\]](#) Hierfür müsste die EU sich der Gerichtsbarkeit des EGMR durch einen Beitritt
69 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) unterwerfen. Hierzu hat sich
70 die EU selbst im Art. 6 Abs. 2 EUV verpflichtet.

Begründung

Frontex ist außer Kontrolle geraten. Bereits bevor der bisherige Exekutivdirektor, Fabrice Leggeri, auf Druck des Europäischen Parlaments im April 2022 seinen Platz räumen musste, war die Agentur erheblicher Kritik ausgesetzt und wurde von mehreren Seiten zur Verantwortung gezogen.

So ermittelt seit einigen Monaten die Anti-Betrugs-Agentur OLAF gegen Frontex. Auch verweigerte das Europäische Parlament kürzlich die Haushaltsentlastung für das Jahr 2020, nachdem dies bereits 2019 in Teilen geschehen war. Außerdem attestierte der Europäische Rechnungshof Frontex im Jahr 2020 "erhebliche organisatorische Mängel" und schließlich werden schon seit November 2020 Beweise gesammelt für die Verwicklung der Agentur in illegale Push-Backs und andere Menschenrechtsverletzungen.

Das Europäische Parlament schöpft seitdem alle vorhandenen Instrumente der finanziellen Rechenschaftspflicht aus. Es nimmt seine demokratische Kontrolle wahr, um eine politische Verantwortung zu benennen.

Auch die Zivilgesellschaft benennt Verantwortlichkeiten für das Versagen. Medien und NGOs berichten an die Öffentlichkeit und Politik als zurzeit wichtigste Informationsquellen über die Außengrenzen. Allerdings haben ihre Berichte nicht dasselbe Gewicht wie Informationen durch staatliche Stellen, ihnen wird häufig eine gewisse Ideologie unterstellt. Dies lässt sich nur umgehen durch die Schaffung einer unabhängigen Kontroll- und Ermittlungsstelle der EU.

Nun gilt es also, juristische Verantwortlichkeiten festzustellen und menschenrechtswidriges Verhalten effektiv zu sanktionieren.